

Grottkauer Zeitung.

(Mit der wöchentlichen Gratisbeilage „Illustriertes Sonntags-Blatt“.)

Nr. 67.

37. Jahrgang.

1917.

Die „Grottkauer Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal:
Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich in der Geschäftsstelle 1 Mark,
durch die Post bezogen 1 Mark 30 Pfennig. Für einen Monat
35 Pfennig. Einzelnummern kosten 5 Pfennig.

Mittwoch den 29. August

Anzeigen-Gebühren für die fünfmal gehaltene Beizettel oder
deren Raum 15 Pfg., Restame 25 Pfg. Bei dreimaliger Wieder-
holung 10 Prozent Rabatt. Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle
Ring Nr. 1, Dienstag und Freitag bis spätestens 11 Uhr
vormittags entgegen.

Bei Ausbruch von Konturgen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder verspäteter Zahlung wird der gewährte Rabatt zurückgezogen. Erfüllungsort für Zahlung ist Grottkau.

Der Weltkrieg.

Siegeswille und Siegeszuversicht.

Zur Rüste geht der Sommer und der Herbst beginnt. Noch immer tobt der furchtbare Krieg und kein Frieden winkt der schwerleidenden Menschheit. Die Schwelle des vierten Kriegesjahres ist überschritten, aber das Ende des Völkerringens ist noch nicht abzusehen, und der vierte Winter naht, wo in Wehr und Waffen die Streiter, fern vom heimatischen Herd, sich mörderisch gegenübersehen. Ist es unsere, ist es der Deutschen, der Mittelmächte Schuld, daß wir diesen Frieden noch nicht haben? Wiederholt haben wir unseren Gegnern die Hand zur Versöhnung entgegengetreckt — um sie schände zurückgewiesen zu sehen. Anspruchsvoller als je glaubten sie uns entgegenzutreten zu können. Erst vor kurzem hat der Reichsfanzler die maßlosen Kriegsziele enthüllt, zu denen sich unsere Feinde vereinigt haben. Nichts anderes erstrebten sie, als unsere Unterjochung und die vollkommene Aufteilung der Länder unserer Verbündeten. Kann es da auch nur einen Augenblick des Zögerns geben, die von solchen Begierden erfüllten Gegner mit dem Schwert in der Hand gründlichst von ihrem Wahnsinn zu beilen? Kann auch nur einen Augenblick dem Zweifel Raum gegeben werden, daß uns dies auch gelingen werde? Der Furor teutonius muß aufhören, wie noch nie zuvor, und er wird, er muß uns zum Ziele führen!

Der erste begeisterte Rausch.

in dem wir die Engländer und Franzosen bis hinter die Marne zurückjagten, ist in der langen Kriegszeit verfliegen. Aber unerschütterlich lebt in jedem einzelnen von uns der Siegeswille und ungeschmälert auch die Kraft, ihn durchzuführen. Soeben haben wir es in Flandern und vor Verdun erlebt, daß die mit allen modernen Mitteln der Kriegstechnik seit langem vorbereiteten, mit überlegenen Streitkräften unternommenen Angriffe unserer Gegner an der ehernen Mauer und dem Kampfesmut der Unserigen elend zerschellten. Durch kommen sie nicht! Gewiß, es gibt, wie es bei der nun so langen Dauer des Krieges auch nicht anders sein kann, Momente, wo, wie eine dahergehende Wolke für einige Minuten Schatten wirft, bei manchem von irgendwoher Zweifel an dem glücklichen Ausgang des Krieges aufzulaufen, Zweifel, die die Kleinmütigen leicht erfassen und die aus der Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen entstehen, wie sie der Krieg — übrigens nicht bei uns allein, sondern auch bei unseren Gegnern und den Neutralen — mit sich bringt. Aber diese Augenblicke des Zweifels sind doch nur vorübergehende Erübungen; denn wo zeigt sich der geringste Anlaß, der zu pessimistischen Zweifeln irgendeine Berechtigung gebe? Aber fort damit und nur das eine große Ziel ins Auge gefaßt: Wir müssen siegen und wir werden siegen!

Unsere felsenfeste Zuversicht auf den Endsieg kennt keine Erschütterung. Tief in Frankreich stehen unbesiegt, nicht niederzujagen, unsere Heere, ganz Belgien und Polen haben sie besetzt, zusammen mit unseren Verbündeten haben wir Serbien, Montenegro, Mazedonien, dreiviertel Albanien und dreiviertel Rumänien erobert und soeben die Russen aus den von ihnen bisher noch besetzt gehaltenen Gebieten Galizien und der Bukowina verjagt. Der Weltkrieg aber nimmt, unbeeinträchtigt von allen Gegenmaßnahmen seiner weiteren, die Gegner niederzujagenden Verlauf. Trotz und stark steht der deutsche Krieger an der Front. Wenn auch nicht mehr die überschwereladene Bewehrung der ersten Kriegslage in ihm fieber, so lebt in ihm doch der unerschütterliche Wille und die Kraft, das Feindes Herr zu werden. Er braucht kein aufkegendes Gelbgeschrei, es ist ihm, da er die Wahrheit kennt, das

einfache Gebot der Selbsterhaltung, den uns aufzuzwingenden Krieg zum guten Ende zu führen. Wenn er von dem Urlaub wieder zur Front fährt, so tut er es, wie wenn er im Frieden sich zu seiner Arbeitsstätte begibt: mit dem nie schwankenden Entschlusse, seine Pflicht zu tun, und mit dem Bewußtsein für die gerechte Sache seines Vaterlandes, für Haus und Herd, für sich und seine Lieben zu kämpfen. Gegenüber diesem Geiste des Heeres muß selbst bei unseren erbittertesten Gegnern der Glaube an ihren Sieg schwinden. Das beweist die Aussage eines der jüngst in Flandern gefangenen englischen Offiziere, der erklärte, im englischen Offizierskorps gewinne die Ueberzeugung immer mehr Raum, daß es unmöglich sei, uns militärisch niederzuwerfen. Nach unserer militärischen Lage, die so günstig ist wie nie zuvor, und nach unserer durch die neue Ernte gesicherten wirtschaftlichen Situation ist es ungewiss, ob der volle Sieg für uns nicht mehr fern! Möge es auch noch eine zeitlang dauern, bevor er errungen ist, mögen wir auch noch manche Leiden auf uns zu nehmen haben, das Schlimmste ist doch bereits überwunden, und der Sieg wird uns gehören, sofern wir nur in Mannesmut und Treue weiter so durchhalten wie bisher.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: In Flandern flaute die heftige Artillerietätigkeit im Kampfabschnitt zwischen Rangematt und Holbeke nur vorübergehend ab; allmählich erreichte sie wieder die Stärke der Trommelfeuer, ohne daß bisher größere Angriffe folgten. Nur bei Westhoek führten die Engländer einen Teilverstoß, der erfolglos blieb. Am frühen Morgen entriß wir dem Feind südlich der Straße Ypern—Menin den von ihm hier errungenen Gewinn. Der verlorene Graben wurde zurückerobert und behauptet. Bei den ergebnislosen Angriffen am 22. August verloren die Engländer 21 Panzerkasswagen, die zertrümmert vor unserer Front liegen. Ein Teil der am Leben gebliebenen Besatzung wurde gefangenengenommen. Kanabische Truppen verühten erneut in Lens und unsere anschließenden Stellungen einzubringen. In hartnäckigen Nahkämpfen hielten wir رهlos die bisherigen Linien. Auch an der Bahn Arras—Douai scheiterte ein feindlicher Angriff. Im Zusammenhang mit Infanteriegefechten entwickelten sich bei Ypern in einzelnen Abschnitten wieder lebhafteste Artilleriekämpfe, die auch nachts über anhielten. Westlich von St. Julien stieß ein zur Säuberung eines Engländernestes angelegter Vorstoß mit einem feindlichen Angriff zusammen. Nach Zurückwerfen des Gegners wurde das beabsichtigte Unternehmen von uns erfolglos durchgeführt. Weiderseits der Straße Ypern—Menin versuchten die Engländer erneut in unsere Stellung einzubringen; am Nordwestrand des Herentage-Waldes drückten sie unsere Linie etwas zurück; im übrigen wurden sie verlustreich abgewiesen. An mehreren Stellen scheiterten feindliche Erkundungsvorstöße. Starke Abteilungen des Gegners, die in den späten Abendstunden gegen unsere Linien bei Lens vorgingen, wurden nach zähem Nahkampf in ihre Ausgangsstellung zurückgetrieben. Südlich von Westhülle entriß wir den Engländern durch überraschenden Sturm das von ihnen gehaltene Gehöft Gillemont. Nach heftiger Artillerienorbereitung, die in St. Quentin und umliegenden Dörfern mehrfach Brände hervorrief, griffen die Franzosen unsere Verteidigungsabschnitte auf der Südfront der Stadt in einer Breite von etwa 3 Kilometer an. In schweren Kämpfen wurde der Feind auf der ganzen Linie geworfen. Unsere dort stehenden Truppen befinden sich im ruhigen Besitz ihrer Stellungen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Weiderseits der Maas steigerte sich der Artilleriekampf im Wald von Avocourt, auf Höhe 304, bei Beaumont und im Fosses-Wald zu einigen Tagesstunden wieder zu beträchtlicher Stärke. Gegen Höhe 304, die wir in der Nacht vom 21. bis 22. August planmäßig unter Zurücklassung einer schwachen Besatzung geräumt hatten, führten die Franzosen einen starken Angriff. Sie wurden von unserer Artilleriefire empfangen. Nördlich von Beaumont kamen bereitgestellte feindliche Sturmtruppen in unserer Vernichtungsfeuer nicht aus ihren Gräben heraus. Bei Verdun nahm die Gefechtsintensität beiderseits der Maas wieder zu. Westlich des Flusses stießen die Franzosen morgens und abends gegen unsere Stellungen am Forgesbach zwischen Malancourt und Vethincourt mit starken Kräften vor. Im wirksamen Feuer unserer Artillerie wurden beide Angriffe unter schweren Verlusten abgeschlagen. Ebenso erfolglos blieb ihr Versuch, auf dem östlichen Ufer von der Höhe 344 aus nach Norden vorzubringen.

Worauf es ankommt. Das Erreichen der tatsächlichen Ziele unserer Feinde, die gewaltigen Massenangriffe bei Verdun wie an der ganzen Westfront an irgend einer Stelle zum Durchbruch zu erweitern und so zum strategischen Endzweck, der Aufrollung unserer Front zu kommen, ist schon oft vergebens in Flandern, in Artois, an der Aisne und in der Champagne angestrebt worden. Die Erkenntnis dieses Zieles unserer Feinde zwingt unsere Heeresleitung zu den entsprechenden Gegenmaßnahmen, die jetzt natürlich, wie ein militärischer Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“ ausführte, nicht in der hartnäckigen Abwehr unter zähem Festhalten bestimmter Höhenstellungen bestehen können. Zur Verteidigung brauchen wir nicht die überhöbende Lage unserer Linien, die wir anstreben, solange der Angriff auf Verdun unsere Aufgabe bildet. Ungeachtet des rasenden Trommelfeuers einzelne Höhen rücksichtslos festzuhalten, wäre jetzt ein Fehler, den unsere Truppen mit furchtbaren Opfern bezahlen müßten. Hauptsache bleibt jetzt eine zur Verteidigung möglichst geeignete, durchlaufende Reihe gut ausgebaute Gräben. Dieses Erfordernis wurde auf dem Westufer der Maas seit dem räumlich wenig bedeutenden Erfolg der Franzosen vom 20. August wesentlich beeinträchtigt, denn Höhe 304 schob sich wie eine Wolkung zwischen die aufgegebenen Höhen östlich des Waldes von Avocourt und den roten Mann vor. In zäher Verteidigung schlugen unsere tapferen Truppen im Laufe des zweiten Schlachttages alle Angriffe des Gegners gegen dieses vorgeschobene, von drei Seiten nahezu umfaßte Bollwerk ab. In einer Reihe rasender Stürme suchte der Feind mit äußerster Anspannung aller Kräfte von Südwesten, Süden und Osten vorzubrechen, die Höhe in Besitz zu nehmen. Aber die Stellungen blieben fest in deutscher Hand und unzählige Massen schwarzer und weißer Franzosen mußten den Wahnsinn dieser Angriffe im deutschen Feuer mit dem Leben bezahlen.

Dann aber hat in weiser Voraussicht unsere Führung sich entschlossen, nicht mehr weiterhin Blut zu opfern: im Laufe der Nacht vom 22. wurde die Höhe 304 unter dem Schutz vorgeschobener Positionen von unseren Truppen freiwillig geräumt und eine weiter nördlich gelegene, gut ausgebaute Stellung bezogen. Daß dies wiederum vom Gegner völlig unbemerkt geschehen konnte, dürfte der beste Beweis sein, wie gründlich die Niederlage war, welche die Franzosen erlitten hatten. Tatsächlich hatte sich der Gegner, der an den beiden ersten Schlachttagen seine dichten Sturmhaufen mit größter Rücksichtslosigkeit und ohne jede Schonung des Menschenmaterials in den Kampf getrieben hatte, so erschöpft, daß er auch der Ruhe bedurfte, um seine abgekämpften Divisionen aufzufrischen und zum Teil

bereits auszuwechseln. Nicht einmal mit starken Partouillen wagten die Franzosen vorzuschieben, sonst hätte die dünne Besatzung erkannt werden müssen.

Die französischen Sozialisten und der Friede. Die Pariser „Humanité“ berichtet, daß 61 Sozialisten in der wieder zusammentretenden Kammer das Ministerium über die Friedensanstörungen des Papstes interpellieren werden.

Das Erwachen beginnt. Londoner Blätter werfen besorgt die Frage auf, weshalb man nicht mit der großen Offensive, die wiederum, wie alle vorausgegangenen ergebnislos verlaufen sei, bis zur Ankunft der Amerikaner gewartet habe. Und sie beantworten diese Frage ahnungslos mit der andern: Ist die Hilfe Amerikas zu gering, oder der U-Boot-Druck zu groß? Klarheit sei angesichts der Kopenhagener Konferenz und der päpstlichen Friedensnote dringend geboten.

Die blutigen Verluste der Kanadier vom 15. bis 25. August bei den Angriffen auf Lens werden von der Truppe auf 8- bis 9000 Mann geschätzt. Die Kanadier verloren rund 150 Mann an Gefangenen. Die geringe Gefangenenzahl ist die Folge der großen Erbitterung, mit welcher auf beiden Seiten gekämpft wurde. Besonders schwere Verluste erlitt am 15. August die 11. kanadische Brigade. Aus Gefangenen-Aussagen und aus auf dem Schlachtfeld gefundenen Meldungen geht hervor, daß das 75. und 87. kanadische Bataillon der 11. Brigade als ziemlich aufgerieben gelten müsse. Ebenso große Verluste erlitt am 23. August das 44. kanadische Bataillon.

Erfolge unserer Zeppeline. Beim letzten Zeppelinangriff auf England wurde die bei Spurrpoint-Leuchtturm befindliche Abwehrbatterie von sechs Geschützen neuesten französischen Systems durch Vollerreger total vernichtet, die Besatzung zum größten Teil getötet. Ein bei Hull vor Anker liegender Dampfer wurde so beschädigt, daß er sofort ins Dock geschleppt werden mußte. Die Eisenbahnstation Karagon bei Hull und ein angrenzender Häuserblock wurden vernichtet. Auf Grimsby-Reede wurde ein Werftschlepper mit vier kleinen Schleppern durch Vollerreger versenkt.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Längs der Dina, bei Smorgon, Luck und Tarnopol, zwischen dem Pruth und der Moldaua, sowie am Dnjestr-Zal zeitweise ausbrechende Artilleriefeuer. Vorstöße russischer Jagdbataillone bei Brody scheiterten.

Mazedonische Front.

Nichts Besonderes.

Aufsehung Finnlands. Der Präsident des finnischen Landtags hat diesen zum 20. August zur Wiederaufnahme der vor drei Wochen auf Befehl der russischen Regierung eingestellten Sitzungen einberufen. Die russische Regierung hatte bekanntlich den Landtag bis zur Veranstellung von Neuwahlen verboten. Die jetzige Einberufung bedeutet also eine Aufsehung gegen die russische Regierung. Sie ist nicht die einzige in Rußland.

Großfürst Michael und die Konstituante. Im Zusammenhang mit der Verschickung des Exzaren nach Tobolsk waren in Petersburg Gerüchte im Umlauf, daß der Großfürst Michael Alexandrowitsch nach England übersiedeln solle. Ein Petersburger Blatt erzählt dazu, daß der Großfürst Michael tatsächlich eine Einladung von hochstehenden Persönlichkeiten in England erhielt, aber geantwortet hat, er werde Rußland nicht verlassen, ehe die Konstituante über Rußlands künftige Staatsform beschloßen hätte. Die Wahlen zu der konstituierenden Versammlung, aus der endlich eine definitive Regierung hervorgehen sollte, waren auf den 30. September anberaumt worden. Sie wurden aber neuerdings auf unbestimmte Zeit vertagt, angeblich weil die Aufstellung der Wählerliste bis zu dem genannten Termin unmöglich sei; der wahre Vertagungsgrund ist natürlich der innerpolitische Wirrwarr.

Endgültiger Sieg der Revolution? Der russische Staatskommissar Swatlow erzählt, wie er als ehemaliger Revolutionär die Truppen zur Empörung gebracht habe und später als Polizeipräsident der Provisorischen Regierung die Unterdrückung gegen Anarchisten leitete. Auf die Frage, ob er die Revolution für dauernd gesichert halte, antwortete er, er glaube dies unbedingt. Die Russen fürchteten sich vor allem vor den Anfängen des Jaren sehr. Die Großfürsten hätten ihm gekündigt, daß sie die Hoffnungen auf eine Wiedergeburt der alten Zustände begraben hätten. Zweifellos werde es noch einige Krisen geben, aber die Richtung führe direkt zu einer bürgerlichen Republik. Die soziale Frage werde gelöst werden. Auf die Frage nach der Krankheit Kerenskis erklärte der Kommissar, die Fabel treffe nicht zu. Kerenskis sei zweifellos keine starke Natur und hat mitgenommen von den Anstrengungen der letzten Monate, aber von einer Krankheit sei keine Rede.

Hinsichtlich des Wirtschaftskrieges meinte der Kommissar, es sei selbstverständlich, daß Rußland die deutsche Einfuhr ersetzen werde durch diejenige der verbündeten und neutralen Länder.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Schlacht am Isonzo ist etwas abgeklaut, nachdem die Italiener am Karst noch heftige, aber vergebliche Angriffe unternommen hatten. Die Verluste des Feindes sind offenbar auf für den ungeheuren von ihm aufgegebenen Einsatz zu schwer geworden. Viele der 40 Divisionen mit 800 000 Mann sind bereits abgekämpft. Cadornas Meldungen von Erfolgen und von der Gefangenennahme von 16 000 Oesterreichern finden selbst in Italien nur wenig Glauben. Man erkennt auch dort, daß die 11. Isonzschlacht kein besseres Ergebnis geliefert hat als alle ihre Vorgängerinnen. Der Mißerfolg und die ungeheuren Verluste, die bisher auch das Ergebnis der 11. Isonzschlacht waren, wirken auf die Stimmung der Truppen jedenfalls niederdrückend. Die Stimmung im Lande ist bedenklich und die Sorge, England könnte seine ohnehin nicht allzu freigiebigen Zufuhren ganz einstellen, bedrängt die Kriegstreiber aufs äußerste.

Mitteilung der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 27. August 1917, abends. (Amtlich.)

In Flandern scheiterte morgens ein starker englischer Angriff östlich Ypern. Nachmittags heftiger Artilleriekampf nordwestlich der Stadt. Vor Verbund blieb bei den Frischkämpfen Beaumont in unserer Hand.

Im Osten brachte ein Angriff uns in Besitz wichtiger Stellungen östlich von Czernowitz. Bisher sind mehr als 1000 Gefangene und sechs Geschütze als Beute eingebracht.

Großes Hauptquartier, 27. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: In Flandern verstärkte sich der Artilleriekampf an der Aisne sowie zwischen Yper und Yps gegen Abend erheblich, er hielt auch nachts an. Heute morgen drangen mehrfach starke englische Erkundungsabteilungen gegen unsere Linien vor; sie sind durchweg zurückgeschlagen worden. Vom La Bassée-Kanal bis Lens ging starke Artilleriewirkung heftigen englischen Vorstößen voraus, die nordwestlich von Lens kurz vor Dunkelheit einsetzten; sie scheiterten verlustreich. Die Gesechte im Vorfeld unserer Stellungen westlich von Le Cateau dauerten tagsüber mit wechselndem Erfolge an. Bei den Gehöften Malakoff und Cologne errang der Feind örtliche Vorteile; Versuche, den Gewinn zu erweitern, schlugen verlustreich fehl.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Am Chemin-des-Dames und in der westlichen Champagne zeitweilig lebhafteste Artilleriekämpfe. Südlich von Alles kamen französische Zeilangriffe in unserem Abwehrfeuer nicht bis an unsere Hindernisse heran. Vor Verbund blieb es westlich der Maas im allgemeinen ruhig. Auf dem Ofluer wurde bis in die Nacht hinein erbittert gekämpft. Die nach Trommelfeuer bei Beaumont, im Fosses- und Chaume-Walde einsetzenden Angriffe der Franzosen drängten uns anfänglich aus Beaumont und den Walstüden heraus. Im Gegenstoß wurden Dorf und Wald zurückgenommen und einige hundert Gefangene eingebracht. Abends brachen französische Kräfte erneut zu Angriffen vor, die zu noch andauernden Kämpfen um Beaumont führten. Zwischen dem Maas-Tal und der Straße Beaumont-Bacherawille sind alle Angriffe der Franzosen gescheitert.

Altmeister Freiherr von Richthofen schoß seinen 59. Gegner ab.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern: Nordwestlich von Jacobshof gaben die Russen einige Stellungen auf dem Südrfer der Dina auf; sie wurden von uns besetzt. Bei Baranowitsch und südwestlich von Luck lebte im Anschluß an erfolgreiche eigene Erkundungsvorstöße das Feuer auf. Bei Husiatyn erstreckte unsere Artilleriewirkung einen russischen Angriffsvorstoß.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph: Im Angriff entziffen deutsche Truppen den Rumänen einige Höhenstellungen nordwestlich von Soveja; heftige Gegenstöße des Feindes brachen verlustreich zusammen.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen und an der

Mazedonischen Front

keine Ereignisse von Belang.

Der Erste General-Quartiermeister. Lubendorff.

Amtlicher österreichischer Tagesbericht.

Wien, 27. August. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Bei Soveja erkümmten deutsche Truppen der Heeresfront Erzherzog Joseph die feindliche Stellung und behaupteten sie gegen heftige Angriffe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die elfte Isonzo-Schlacht dauert fort. Die Angriffe des Feindes richteten sich abermals gegen unsere Linien auf der Hochfläche Bainsizza—Heiligen Geist und nördlich von Görz. Der Kampf wurde namentlich östlich von Lugza, wo Steirer vom Regiment Nr. 47, Dalmatiner der 37. er Schützen und andere Truppen dem Feinde erfolgreich entgegentraten, sowie auf dem heiß umstrittenen Monte San Gabriele mit großer Erbitterung geführt. Die wackeren Verteidiger behaupten sich gegen alle Angriffe. Auf der Karst-Hochfläche nur Feldwachen-geplänkel. Drei italienische Flieger wurden von der Erde aus abgeschossen.

Balkanriegsschauplatz.

Nichts Neues.

MTA.

Der Chef des Generalstabes.

Der Seefrieg.

20 000 Tonnen. Neue U-Booterfolge im Sperrgebiet um England 20 000 Dr.-Reg.-T. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein englischer bewaffneter Dampfer mit Holz für England, ein unbekannter bewaffneter Dampfer sowie ein schwerbeladener Dampfer, mit Kurs auf England, der aus Sicherung herausgeschossen wurde.

Der U-Bootkrieg ist das Problem des Schiffsraums: einmal insofern er einen Grundpfeiler der Volkswirtschaft Englands unterwühlt, die Handelsflotte; dann, indem er den englischen Seeverkehr immer mehr beengt, lähmt er dessen Funktionen, das englische Volk mit Lebensmitteln und mit Rohstoffen zu versorgen, der englischen Armee und Flotte Unterhalt und Kriegsmittel zuzuführen und den für ihre Lebenshaltung unzulänglichen Frachttraum der europäischen Bundesgenossen wenigstens auf das erforderliche Mindestmaß zu ergänzen. An welchem Punkte zuerst die Möglichkeit aufhören wird, diese unentbehrlichen Funktionen in genügendem Maße zu erfüllen, läßt sich nicht voraussehen; das wird von der Verfügung Englands über seinen Schiffsraum abhängen. An welcher Stelle aber auch immer der Schiffsraum fehlen wird, ob zuerst die Versorgung der englischen Zivilbevölkerung oder der Kriegsführung oder der Bundesgenossen versagen wird, in jedem Falle gerät damit die Grundlage für die Fortsetzung des Krieges seitens des Verbundes ins Wanken. Die Grenzen des Erträglichsten sehen wir überall näher rücken. Wir können den Abschluß dieser Entwicklung, die mit völliger Sicherheit in absehbarer Zeit ihr Ende finden wird, ruhig abwarten. England hat die Hand friedlicher Verständigung, die ihm geboten wurde, zurückgeschlagen. England hat selbst damit sein Schicksal auf sich herab beschworen.

Deutschlands Unüberwindlichkeit.

Der amerikanische General Pershing, der die amerikanische Militärkommission in Frankreich führte, hat nach der Heimkehr seinen Landeskenten durch seine ungeschminkten Berichte höchst peinliche Überraschungen bereitet. Nach Pershings auf Grund persönlicher Erfahrungen abgegebenen Erklärungen sind die deutschen Stellungen an der Westfront in der Tat unmetnehmbar und könnten höchstens durch einen titanischen Kraftaufwand Nordamerikas durchbrochen werden. Die deutschen Reserven an Menschennaterial seien schier unerschöpflich und das jährliche Truppenkontingent dürfte in den nächsten 15 Jahren kaum eine Verminderung erfahren. Die deutsche Armee sei im vierten Kriegsjahre stärker denn je. Deutschland liege nach drei Kriegsjahren weder vernichtet noch zerstückelt worden, wie die Entente beabsichtigt hatte. Die weiten eroberten Ländergebiete lieferten den Mittelmächten die nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe, so daß der Krieg unter gleichen Bedingungen weitere zehn Jahre fortbauern könne, ohne daß eine der kriegführenden Parteien dadurch aufgegeben würde.

Nach den Aussagen Pershings legt sich das nordamerikanische Volk die Frage vor, ob nicht der Augenblick gekommen sei, seitens Nordamerikas an die Ententeregierungen mit der Bitte und, wenn notwendig, mit der Forderung heranzutreten, dem Zusammenritt einer vorbereitenden Friedenskonferenz keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Wenn sich die Kriegführenden in zehn oder fünfzehn Jahren unter denselben Ver-

Extra-Beilage zu Nr. 67 der „Grottkauer Zeitung“.

Grottkau, den 29. August 1917.

Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König allergnädigst geruht haben, mich zum Staats- und Finanzminister zu ernennen, übergebe ich heute meinem Herrn Stellvertreter meine bisherigen Amtsgeschäfte.

Raum $1\frac{3}{4}$ Jahre war es mir vergönnt, an der Spitze des Regierungsbezirks Oppeln zu stehen. Schon diese kurze Zeit hat aber genügt, um mir Oberschlesien mit seiner ausgeprägten Eigenart, die sorgsam zu pflegen stets eine der ersten Aufgaben des Verwaltungschefs sein wird, ans Herz wachsen zu lassen. Wie der Bezirk in schwerer Kriegszeit bisher treulich seinen Mann gestanden hat, so wird er, des bin ich gewiß, auch weiterhin beweisen, daß trotz der Ungunst der örtlichen Verhältnisse die Bevölkerung im Ansharren, in angespannter Arbeit und im festen Glauben an den endlichen glücklichen Ausgang von keiner anderen übertroffen wird. Indem ich allen, die mir bei der Erfüllung meiner Aufgaben geholfen haben, den wärmsten Dank ausspreche, nehme ich Abschied von Oberschlesien mit dem herzlichen Wunsche, daß es, bewahrt vor Erschütterungen, die seine Leistungsfähigkeit gefährden könnten, einer fortschreitenden glücklichen Entwicklung in reichgefügter Friedenszeit entgegengehen möge.

Oppeln, den 7. August 1917.

H e r g t.

Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs.

Rom 2. Mai 1917.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird verordnet:

Artikel 1.

In der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 941) werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. An die Stelle der §§ 9, 10 treten folgende Vorschriften:

§ 9. Die Verbrauchsregelung erstreckt sich auch auf die Selbstversorger. Als Selbstversorger gilt, wer durch Hauschlachtung oder durch Ausübung der Jagd Fleisch und Fleischwaren zum Verbrauch im eigenen Haushalt gewinnt.

Mehrere Personen, die für den eigenen Verbrauch gemeinsam Schweine mästen, werden ebenfalls als Selbstversorger angesehen. Als Selbstversorger können vom Kommunalverbande ferner anerkannt werden Krankenhäuser und ähnliche Anstalten für die Versorgung der von ihnen zu versorgenden Personen sowie gewerbliche Betriebe für die Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter; für die Selbstversorgung durch Schlachtung von Rindvieh mit Ausnahme von Kälbern bis zu sechs Wochen ist die Anerkennung von der Genehmigung der Landeszentralbehörde oder der von dieser bestimmten Stelle abhängig.

Der Erwerb von Schweinen mit einem Lebendgewicht von mehr als 60 Kilogramm zum Zwecke der Selbstversorgung ist verboten.

§ 9 a. Selbstversorger bedürfen zur Hauschlachtung von Schweinen und von Rindvieh, mit Ausnahme von Kälbern bis zu sechs Wochen, der Genehmigung des Kommunalverbandes.

Die Genehmigung hat zur Voraussetzung, daß der Selbstversorger das Tier in seiner Wirtschaft mindestens sechs Wochen, und wenn die Schlachtung nach dem 30. September 1917 erfolgt, mindestens drei Monate gezeigert hat. Die Landeszentralbehörden haben Vorkehrung zu treffen, daß, wenn infolge der Hauschlachtung der Fleischvorrat des Selbstversorgers die ihm zustehende Fleischmenge (§ 10 a) übersteigen würde oder ein Verderben der Vorräte zu befürchten ist, die Genehmigung verjagt wird oder die überschüssigen Mengen an besonderen Stellen gegen Entgelt abgeliefert werden.

Hauschlachtungen von Kälbern bis zu sechs Wochen, von Schafen und Hühnern sind dem Kommunalverband anzuzeigen. Die Landeszentralbehörden können auch diese Hauschlachtungen von der Genehmigung des Kommunalverbandes abhängig machen.

Die Verwendung von Wildbret im eigenen Haushalt sowie die Abgabe an andere sind dem Kommunalverband anzuzeigen.

§ 9 b. Die Kommunalverbände haben die Hauschlachtungen zu überwachen. Sie haben Überwachungspersonen zu bestellen, die insbesondere das Schlachtgewicht genau zu ermitteln und darüber eine amtliche Bescheinigung ausstellen haben. Die Landeszentralbehörden erlassen die näheren Bestimmungen; sie haben festzusetzen, welche Teile der Tiere beim Auschlachten vor der Ermittlung des Schlachtgewichts zu trennen sind, und über die Art der Gewichtsermittlung Grundsätze aufzustellen.

§ 10. Den Selbstversorgern ist das aus der Hauschlachtung oder durch Ausübung der Jagd gewonnene Fleisch nach Maßgabe der Vorschriften im § 10 a zum Verbrauch im eigenen Haushalt zu belassen.

Hierbei gelten als zum Haushalt gehörig auch die Wirtschaftsangehörigen einschließlich des Gefinbes sowie ferner Naturalberechtigte, insbesondere Menteiler und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohnfleisch zu beanspruchen haben.

§ 10 a. Der Selbstversorger hat anzugeben, innerhalb welcher Zeit er die Fleischvorräte verwenden will. Für diese Zeit erhält er für sich und die von ihm verköstigten Personen nur so viele Fleischarten, als ihm nach Abzug der Vorräte noch zustehen.

Wildbret und Hühner werden mit der nach § 6 vom Kriegsernährungsamt für die Reichsfleischarte festgesetzten Höchstmenge angerechnet. Bei der Anrechnung von Schlachtviehfleisch ist eine Wochenmenge zugrunde zu legen, die um zwei Drittel höher ist, als die nach § 6 festgesetzte; beim ersten Schwein, das innerhalb des vom 1. Oktober ab laufenden Jahres geschlachtet wird, ist die nach § 6 festgesetzte Wochenmenge zu verdoppeln.

Fleisch zur Selbstversorgung darf aus Hauschlachtungen, die zwischen dem 1. September und 31. Dezember erfolgen, höchstens für die Dauer eines Jahres, aus Hauschlachtungen in der übrigen Zeit höchstens für die Zeit bis zum Schlusse des Kalenderjahres belassen werden.

§ 10 b. Fleisch und Fleischwaren, die aus der Hauschlachtung gewonnen und dem Selbstversorger zur Selbstversorgung überlassen sind, dürfen gegen Entgelt nur an den Kommunalverband oder mit dessen Genehmigung abgegeben werden.

Die Landeszentralbehörden können weitergehende Einschränkungen anordnen.

2. Im § 14 werden folgende Änderungen vorgenommen:

a) In Nr. 1 wird an Stelle von: „§ 10“ gesetzt: „§ 10 b Abs. 1. oder den nach § 10 b Abs. 2 erlassenen Bestimmungen“;

b) in Nr. 2 wird hinter den Worten: „§ 5 Abs. 2“ eingefügt: „§ 9 Abs. 3“;

c) in Nr. 3 wird die Zahl „9“ durch „9 a“ ersetzt;

d) in Nr. 5 wird an Stelle der Zahl „10“ gesetzt: „9 b“.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem 15. Mai 1917 in Kraft.

Berlin, den 2. Mai 1917.

Der Stellvertreter des Reichszanzlers. Dr. Helfferich.

Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 2. Mai 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 387)

Zu § 9.

Gemeinschaftliche Selbstversorgung liegt vor, wenn die Wirtschaftsführung gemeinsam ist, also das Schwein in einer Wirtschaft gehalten wird, die völlig gemeinsam von verschiedenen Personen betrieben wird. Dies gilt bei mehreren Mitgehaltern und Mitpächtern auch dann, wenn einzelne dieser Personen nicht am Mästungsorte selbst wohnen, solange sie nur die Wirtschaft mitbetreiben.

Gemeinschaftliche Selbstversorgung ist auch dann noch möglich, wenn nicht die ganze Wirtschaftsführung der Beteiligten gemeinsam ist, sondern nur die Bewirtschaftung der Schweinemästungen gemeinsam erfolgt. Zur Gemeinschaftlichkeit der Mästung in diesem Falle gehört, daß alle wesentlichen Vorgänge der Mästungen gemeinsam

durchgeführt werden, daß also das Tier gemeinsam beschafft wird, der Stall gemeinsam bereitgestellt wird und die Fütterung und Bedienung gemeinsam oder durch gemeinsame Organe durchgeführt wird. Es genügt also nicht, daß sich einzelne nur mit Geld oder Futterbeschaffungen beteiligen.

Diese Gemeinsamkeit setzt mithin eine nahe wirtschaftliche Beziehung zu der gemeinsamen Schweinehaltung voraus. Die Anerkennung als Selbstversorger hat, soweit Krankenhäuser und ähnliche Anstalten für die von ihnen zu verköstigenden Personen sowie gewerbliche Betriebe für die Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter die Selbstversorgung durch Schlachtung von selbstgemästeten Rindern, mit Ausnahme von Kälbern bis zu sechs Wochen, vornehmen wollen, durch die Provinzialfleischstellen, in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden durch die Bezirksfleischstellen, im Regierungsbezirk Sigmaringen durch den Regierungspräsidenten zu erfolgen.

Zu § 9a.

Selbstversorger bedürfen zu Hauschlachtungen von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen der Genehmigung des Kommunalverbandes.

Bei Einholung der Genehmigung ist das ungefähre Lebendgewicht des Schlachtieres und die Zahl der Wirtschaftseingehörigen des Haushalts, für den die Schlachtung erfolgt, oder der zu beköstigenden Personen (§ 9 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung), sowie der Zeitpunkt, bis zu dem der Selbstversorger aus früheren Hauschlachtungen noch mit Fleisch versorgt ist, anzugeben. Gleichzeitig ist in dem Antrag anzugeben, (§ 10 a Absatz 1) in welche Zeit der Selbstversorger die Vorräte verwenden will und ob und wieviel Fleischarten er noch weiter zum Bezug von Frischfleisch wöchentlich belassen haben möchte (Teilselbstversorger). Auf dem Antrage ist vom Gemeinde- (Guts-) Vorstand zu bescheinigen, daß der Selbstversorger das Tier — abgesehen von Kälbern — in seiner Wirtschaft mindestens 6 Wochen, und wenn die Schlachtung nach dem 30. September 1917 erfolgt, mindestens 3 Monate gehalten hat.

Die Genehmigung ist zu versagen, wenn infolge der Hauschlachtung der Fleischvorrat des Selbstversorgers die ihm zustehende Fleischmenge (§ 10 a) übersteigen würde oder ein Verderben der Vorräte zu befürchten ist. Im Falle, daß durch die Menge des aus der Hauschlachtung gewonnenen Fleisches der Fleischvorrat des Selbstversorgers die ihm nach § 10 a zustehende Menge übersteigen würde, ist die Genehmigung jedoch zu erteilen, wenn der Selbstversorger sich verpflichtet, die überschüssige Menge entweder gegen Entgelt an den Kommunalverband oder an die von diesem bestimmte Stelle oder mit Genehmigung des Kommunalverbandes an dritte Personen gegen Beibringung der auf die überschüssige Menge entfallenden vollen Fleischmarken abzugeben.

Die Genehmigung der Hauschlachtung hat schriftlich zu erfolgen.

Beschwerden gegen die Entscheidung des Leiters des Kommunalverbandes sind an den Regierungspräsidenten zu richten. Gegen dessen Entscheidung ist die weitere Beschwerde an die Provinzialfleischstelle — im Regierungsbezirk Cassel und Wiesbaden an die Bezirksfleischstelle — zulässig; deren Entscheidung ist endgültig. Im Regierungsbezirk Sigmaringen ist die Entscheidung des Regierungspräsidenten endgültig.

Die Schlachtung darf nur erfolgen, wenn dem Schlachtenden vor der Schlachtung die schriftliche Genehmigung des Kommunalverbandes vorgelegt worden ist. Bei Tieren, die der Schlachtvieh- und Fleischschau unterliegen, ist die Genehmigung außerdem dem Fleischbeschauer vor der Schlachtung, bei Tieren, die nur der Trichinenschau unterliegen, dem Trichinenbeschauer vor der Beschau vorzulegen.

Wird die Genehmigung dem Beschauer nicht vorher vorgelegt, ist die Vornahme der Beschau abzulehnen. Das Fleisch aus unerlaubten Hauschlachtungen verfällt dem Kommunalverbande. Ein Entgelt wird dafür nicht gezahlt.

Zu § 9b.

Die Kommunalverbände haben die Hauschlachtungen durch besondere Überwachungsbeamte, für die in erster Linie die amtliche Fleischschau in Betracht kommen, zu überwachen. Diese Beamten haben sich durch Stichproben von der Richtigkeit der Anmeldungen durch die Selbstversorger und von der Durchführung der zu § 9a erlassenen Vorschriften über die Genehmigung der Hauschlachtungen zu überzeugen und, soweit sie nicht selbst die Wägung vornehmen, die Feststellung des Schlachtgewichts zu überwachen.

Die Feststellung des Schlachtgewichts hat allgemein nach den Bestimmungen über das Schlachten und die Ermittlung des Schlachtgewichts bei den einzelnen Tiergattungen, wie sie in dem Erlasse des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 9. Juli 1900 — L. A. n. 3525 II — enthalten und den Provinzial- (Bezirks-) Fleischstellen in der Mundversorgung des Landesfleischamts vom 19. Dezember 1916 — A. L. 1794/16 — mitgeteilt sind, zu erfolgen.

Die amtliche Feststellung und die urkundliche Beglaubigung des nach diesen Bestimmungen ermittelten, soweit irgend tunlich durch Wägung festgestellten Schlachtgewichts erfolgt bei Tieren, die der Schlachtvieh- und Fleischschau unterliegen, durch den Fleischbeschauer, bei Tieren, die nur der Trichinenschau unterliegen, durch den Trichinenbeschauer. Der Fleischbeschauer und Trichinenbeschauer haben die ihnen vorgelegten Genehmigungen (§ 9 a) dem Selbstversorger abzulehnen, auf der Genehmigung das von ihnen ermittelte Schlachtgewicht amtlich zu bescheinigen und die Genehmigung dem Kommunalverbande oder der von diesen bestimmten Stelle abzuliefern.

Für die Fälle, daß die Schlachtung nach den bestehenden Vorschriften weder der Fleischschau noch der Trichinenschau unterliegt und hiernach eine Zuziehung der Beschauer zur Gewichtsfeststellung nicht zweckmäßig erscheint, hat der Kommunalverband Anweisung zu erlassen, auf welche andere Weise eine amtliche Feststellung und Verzeichnung des Schlachtgewichts, etwa durch Zuziehung des Gemeindevorstehers, zu erfolgen hat.

Die Kommunalverbände haben Listen über die von ihnen genehmigten Hauschlachtungen zu führen. Aus diesen Listen muß für jede Hauschlachtung erkenntlich sein:

- a) die Zahl der Wirtschaftsangehörigen, die durch den Selbstversorger versorgt werden,
- b) das nach der Schlachtung festgestellte amtliche Gewicht des Schlachtieres,
- c) die Menge des dem Selbstversorger angerechneten Schlachtgewichts,
- d) die Menge des

1. an den Kommunalverband
 2. an Dritte gegen Fleischkarte
- } abzugebenden Fleisches,

- e) die Zahl der dem Selbstversorger weiterbelassenen oder zuzuteilenden Fleischarten,
- f) der Tag der Schlachtung, der Tag des Beginns und des Endes der Anrechnungsbauer.

Die Provinzialfleischstellen, in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden die Bezirksfleischstellen, im Regierungsbezirk Sigmaringen der Regierungspräsident, können den Gebrauch eines bestimmten einheitlichen Modells für die Listenführung vorschreiben. Die genannten Behörden sowie in deren Auftrage die Kommunalaufsichtsbehörden, haben die Befolgung der Vorschriften in Abs. 1 bis 4 und die Listenführung (Abs. 5) zu überwachen.

Zu § 10a.

Wegen Anrechnung der Schlachtung auf die dem Versorgungsberechtigten und seinen Wirtschaftsangehörigen zustehende Fleischmenge, wegen Einziehung etwa zuviel ausgegebener Fleischkarten und wegen Ablieferung der die nach Abs. 3 zulässigen Höchstmengen überschreitenden Fleischmengen hat der Kommunalverband das Weitere zu veranlassen.

Zu Überwachung der Schlachtungen von Hühnern zur Selbstversorgung und deren Anrechnung auf den zulässigen Fleischverbrauch haben die Kommunalverbände die nach den örtlichen Verhältnissen gebotenen Anordnungen zu treffen. Dabei kann bestimmt werden, daß die Erfüllung der im § 9 Abs. 4 der Verordnung vom 21. August 1916 vorgeschriebenen Anzeigepflicht durch Eintragung in eine von dem Selbstversorger zu führende und dem Kommunalverbande vorzulegende Liste erfolgt. Über die Verwendung von Wildbret (Hatz, Dam-, Schwarz- und Rehwild) im eigenen Haushalt und über die Abgabe an andere ist von dem Selbstversorger eine Liste zu führen. Darin ist auch das Gewicht der zur Verwendung gelangten oder abgegebenen Tiere und bei Abgabe der Name des Empfängers anzugeben; diese Liste ist nach Vorchrift des Kommunalverbandes zur Einsicht vorzulegen.

Zu § 10b.

Während zu § 9a Bestimmungen getroffen sind über die Abgabe von Fleisch aus Hauschlachtungen, das dem Selbstversorger zur Selbstversorgung nicht überlassen werden darf, weil dadurch sein Fleischvorrat die zulässige Menge übersteigen würde, wird im § 10b Bestimmung über die Zulässigkeit der Abgabe von solchem Fleisch getroffen, das dem Selbstversorger zur Selbstversorgung überlassen ist. Auch von diesem Fleisch darf der Selbstversorger gegen Entgelt nur an den Kommunalverband oder mit dessen Genehmigung abgeben. Die Genehmigung wird der Kommunalverband in der Regel zu erteilen haben, wenn als Empfänger Verwandte des Selbstversorgers in Frage kommen.

Berlin, den 4. Juli 1917.

Der Minister für Handel
und Gewerbe.
S y d o w.

Der Minister des
Innern.
v. L o e b e l l.

Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.
Zu Vertretung:
v. F a l k e n h a u s e n.

Grottkau, den 16. August 1917. Vorstehende Verordnung nebst Ausführungsanweisung bringe ich unter Bezugnahme auf die in der Extra-Beilage zu Stück 39 des Kreisblatts für 1916, Seite 299 ff., abgedruckte Verordnung vom 21. August 1916 nebst Ausführungsanweisung und die Anordnung des Kreisauausschusses vom 29. September 1916 hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Die Ortsbehörden ersuche ich, dieses Stück des Kreisblatts den Fleischbeschauern, welche die Hauschlachtungen zu überwachen haben, unverzüglich zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Vorsitzende des Kreisauausschusses. T h i l o, Königlich Landrat.

Bekanntmachung

über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleinwerbes.

Auf Grund der §§ 1, 2, 6 der Bekanntmachung über Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 (R.G.-Bl. S. 167) und der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung über die Bestellung eines Reichsausschusses für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.G.-Bl. S. 193) wird bestimmt:

A. Allgemeines.

§ 1.

Brennstoffe im Sinne dieser Bekanntmachung sind Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts aller Art, Braunkohlen, Braunkohlenpreßkne, Braunkohlenbriketts aller Art und Koks jeder Art.

§ 2.

Diese Bekanntmachung bezieht sich auf den Verkehr mit Brennstoffen sowohl auf dem Lande als auch in Städten.

§ 3.

I. Von dieser Bekanntmachung werden betroffen:

1. der gesamte Hausbrand einschließlich des Bedarfs der Behörden und Anstalten, aber ausschließlich des von den Intendanturen beschafften Bedarfs der militärischen Anstalten.
2. der Bedarf der Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe,
3. der Bedarf der Gewerbebetriebe, die monatlich weniger als 10 Tonnen (eine Tonne = 1000 Kilo) verbrauchen oder ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauchs nach § 2 Abs. 4 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Koks und Briketts vom 17. Juni 1917 (Reichsanzeiger Nr. 145) nicht zu den meldepflichtigen gewerblichen Verbrauchern gehören (Bäckereien, Schlächtereien, Gastwirtschaften, Galihöfe, Badeanstalten und ähnliche Betriebe, die dem täglichen Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder vorübergehend sich aufhaltenden Personen dienen.)

II. Zweifel darüber, ob ein Betrieb unter die in Abs. 1 erwähnte Bekanntmachung vom 17. Juni 1917 fällt, entscheidet die für den Sitz des Betriebes zuständige Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen die zuständige Kreisgewerkschaftsstelle, wenn auch diese fehlt, die Kriegsamtsstelle.

B. Bestands- und Bedarfsermittlung.

§ 4.

I. Die Vorstände der Kommunalverbände haben den am 1. September 1917 innerhalb ihres Bezirks mit Ausnahme der Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern vorhandenen Brennstoffbestand zu ermitteln. Die Ermittlung hat sich auf die Bestände der Verbraucher im Sinne des § 3, Abs. 1 und auf diejenigen Bestände der Händler zu erstrecken, die nicht zur Belieferung solcher Verbraucher bestimmt sind, die der Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Koks und Briketts nach der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 17. Juni 1917 unterliegen. Auf Bestände unter 100 kg hat sich die Ermittlung nicht zu erstrecken.

II. In Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern liegt die in Abs. 1 vorgesehene Ermittlung dem Gemeindevorstand ob.

III. Die Vorstände der Kommunalverbände (Abs. 1) und Gemeinden (Abs. 2) haben ferner den Bedarf ihres Bezirks in dem in § 3, Absatz 1 bezeichneten Umfange für die Zeit vom 1. September 1917 bis zum 31. März 1918 zu ermitteln.

IV. Die Angaben sind getrennt für die in § 1 genannten Brennstoffarten und nach folgenden Verbrauchsgruppen zu machen.

1. Hausbrand,
2. Landwirtschaftlicher Bedarf mit Ausschluß des Hausbrandes (Ziffer 1).
3. Gewerblicher Bedarf (§ 1 Abs. 1 Ziffer 3).

V. Bei der Ermittlung des landwirtschaftlichen Bedarfs sind diejenigen Mengen abzusetzen, die auf Grund besonderer Ermittlungen zum Getreidebrennen, Pfügen, für Molkereien und Schmieden für die Zeit bis zum 20. September 1917 bereits gesondert ermittelt und der Reichsgewerkschaftsstelle angemeldet worden sind. Bei der Ermittlung des Bestandes der Landwirtschaft ist in diesen Fällen sowohl der gesamte Bestand als auch der Bedarf festzustellen, der zum Getreidebrennen und Pfügen und für Molkereien und Schmiedewerke für den Monat September 1917 erforderlich ist.

VI. Bei der Bedarfsermittlung ist für die einzelnen Verbrauchsgruppen zu berücksichtigen und anzugeben, in welchem Umfange andere Feuerungsmittel (Holz, Torf) bisher herangezogen worden sind und bei künftiger weitgehender Ausnutzung herangezogen werden können.

§ 5.

Bei den Bedarfsermittlungen haben sich die Vorstände der Kommunalverbände (§ 4 Abs. 1) und Gemeinden (§ 4 Abs. 2) mit denjenigen Dienststellen ins Einvernehmen zu setzen, die nach der Verordnung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Koks und

Beifolgt vom 17. Juni 1917 (Nr. 145 des Reichsanzeigers) für die Anmeldung des gewerblichen Bedarfs zuständig sind, damit Doppelanmeldungen und Doppelbelieferungen desselben Verbrauchers vermieden werden.

§ 6.

Eine Zusammenstellung der Brennstoffbestände und des vom Vorstand des Kommunalverbandes (§ 4 Abs. 1) oder der Gemeinde (§ 4 Abs. 2) als notwendig erachteten Bedarfs, nach Brennstoffarten und Verbrauchgruppen geordnet, ist dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung bis zum 1. Oktober 1917 vorzulegen; eine Abschrift dieser Zusammenstellung ist der Kriegsamtsstelle zu übersenden, und zwar, falls eine Ortskohlenstelle besteht, durch deren Vermittlung. Besteht keine Ortskohlenstelle, aber eine Kriegswirtschaftsstelle, so ist die Abschrift der Zusammenstellung der Kriegsamtsstelle durch Vermittlung der Kriegswirtschaftsstelle zu übersenden.

§ 7.

Vorbrüche für die in § 6 vorgeschriebene Zusammenstellung werden den Kommunalverbänden (§ 4 Abs. 1) und Gemeinden (§ 4 Abs. 2) durch den Reichskommissar für die Kohlenverteilung zur Verfügung gestellt werden.

C. Oberverteilung.

§ 8.

I. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung prüft die Bedarfsanmeldungen und setzt fest, bis zu welcher Höhe innerhalb des Bezirks der einzelnen Kommunalverbände (§ 4 Abs. 1) und Gemeinden (§ 4 Abs. 2) der Bezug von Brennstoffen den einzelnen Verbrauchgruppen gestattet ist. Er behält sich vor, vorläufige Festsetzungen ohne Rücksicht auf Verbrauchgruppen zu treffen.

II. Ein Anspruch auf Lieferung der festgesetzten Menge besteht nicht.

§ 9.

I. Die Vorstände der Kommunalverbände und Gemeinden haben zu überwachen, daß für die Verbraucher ihres Bezirks nicht mehr Brennstoffe bezogen werden, als der Reichskommissar für die Kohlenverteilung festgesetzt hat.

II. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung behält sich den Erlass besonderer Vorschriften für die Ausübung der Überwachung vor.

D. Unterverteilung.

§ 10.

I. Die Unterverteilung der für die einzelnen Kommunalverbände (§ 4 Abs. 1) und Gemeinden (§ 4 Abs. 2) zum Bezug zugelassenen (§ 8) und im Bezirk vorhandenen Brennstoffmengen auf die Verbraucher erfolgt durch die Vorstände der Kommunalverbände und Gemeinden.

II. Der Vorstand des Kommunalverbandes kann den Vorständen einzelner Gemeinden die Unterverteilung und die Ausübung der ihm nach §§ 11 bis 13 zustehenden Befugnisse in ihrem Bezirk überlassen.

E. Inanspruchnahme von Brennstoffen.

§ 11.

I. Vom 1. November 1917 ab sind die Händler, welche Brennstoffe in den Bezirk eines Kommunalverbandes (§ 4 Abs. 1) oder einer Gemeinde (§ 4 Abs. 2) einführen oder von einem Erzeuger innerhalb des Bezirks beziehen, auf Verlangen des Vorstandes des Kommunalverbandes bzw. der Gemeinde verpflichtet, die bei ihnen lagernden und für sie eingehenden Brennstoffe zur Verfügung des Vorstandes zu halten, an von ihm bestimmte Personen oder Stellen zu überlassen und zur Übergabe erforderliche Handlungen vorzunehmen.

II. Die Bestimmung des Abs. 1 erstreckt sich nicht auf die Brennstoffe, die nachweislich zur Abgabe an solche gewerbliche Verbraucher bestimmt sind, die der Meldepflicht nach der Bekanntmachung des Reichskommissars vom 17. Juni 1917 unterliegen. Sie erstreckt sich ferner nicht auf Brennstoffe, die im Durchgangsverkehr auf Bahnhöfen und Umschlagplätzen eingehen oder lagern.

III. Bei solchen Händlern, welche für Verbraucher verschiedener Bezirke beziehen, übt der für die gewerbliche Überlassung des Händlers zuständige Vorstand des Kommunalverbandes (§ 4 Abs. 1) oder der Gemeinde (§ 4 Abs. 2) die Befugnisse gemäß Abs. 1 aus. Er hat Ersuchen der Vorstände der andern beteiligten Bezirke in demjenigen Verhältnis zu entsprechen, in welchem der Händler im Jahre 1916 an Verbraucher der beteiligten Bezirke geliefert hat. Im Streitfälle entscheidet der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

§ 12.

Vom 1. November 1917 ab sind Verbraucher, welche Brennstoffe über die vom Vorstand des Kommunalverbandes (§ 4 Abs. 1) oder der Gemeinde (§ 4 Abs. 2) für den einzelnen Verbraucher festgesetzte Menge hinaus besitzen oder beziehen, auf Verlangen des Vorstandes des Kommunalverbandes oder der Gemeinde verpflichtet, die

das zugelassene Maß übersteigenden Mengen zur Verfügung des Vorstandes des Kommunalverbandes oder der Gemeinde zu halten und nach Anweisung des Vorstandes anderen Verbrauchern zu überlassen.

§ 13.

Die Brennstoffmengen, die zur Versorgung von Verbrauchern, die unter diese Verordnung fallen, bezogen worden sind, dürfen nur für Zwecke des Hausbrandes, der Landwirtschaft und der Gewerbebetriebe im Sinne des § 3 Abs. 1, Ziffer 3 in Anspruch genommen werden.

F. Deputatkohle.

§ 14.

Soweit Brennstofflieferungen der Brennstoffherzeuger an ihre Berg- und Hüttenarbeiter und Angestellten bisher üblich gewesen sind (Deputatkohlen), bleiben sie auch weiterhin gestattet; sie unterliegen den Verteilungsvorschriften der Gemeinden und Kommunalverbände nicht. Die hier in Betracht kommenden Mengen sind bei der Bedarfsanmeldung (§ 6) gesondert anzugeben. Der Brennstoffherzeuger hat ein Verzeichnis der Deputatkohlenbezieher dem Kommunalverband (§ 4 Abs. 1) oder der Gemeinde (§ 4 Abs. 2) einzureichen. Solchen Personen darf ein anderweitiger Brennstoffbezug vom Kommunalverband oder der Gemeinde nicht gestattet werden.

G. Ueberwachung der Ausführung.

§ 15.

I. Der Reichskommissar wird durch sachverständige Personen die Ausführung dieser Verordnung nachprüfen lassen. Zu diesem Zwecke kann er im Einvernehmen mit dem Kriegsamt die Mitwirkung der Kriegsamtsstellen, Ortskohlen- und Kriegswirtschaftsstellen in Anspruch nehmen.

II. Verbraucher, Händler und Dienststellen sind verpflichtet, den Beauftragten des Reichskommissars auf Verlangen über den von dieser Verordnung betroffenen Brennstoffverkehr Auskunft zu geben, Geschäftsbücher, Urkunden und sonstige Schriftstücke vorzulegen und Brennstoffbestände vorzuweisen.

III. Die mit der Prüfung Beauftragten haben das Ergebnis ihrer Feststellungen dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung zu melden; zu selbständigen Anordnungen sind sie nicht befugt.

VI. Die mit der Prüfung Beauftragten sind zur Verschwiegenheit gemäß § 4 der Verordnung des Bundesrats über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 (R.-G.-Bl. S. 604) verpflichtet.

H. Schluß- und Strafbestimmungen.

§ 16.

I. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer im Sinne dieser Bekanntmachung als Kommunalverband, Gemeinde, Vorstand des Kommunalverbandes und als Gemeindevorstand anzusehen ist.

II. Die Landeszentralbehörden können im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung andere Stellen als die Vorstände der Kommunalverbände oder Gemeinden mit den in dieser Bekanntmachung den Vorständen der Kommunalverbände oder Gemeinden zugewiesenen Aufgaben beauftragen.

III. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen beauftragten Stellen können einzelnen Gemeinden oder Gruppen von Gemeinden von weniger als 10 000 Einwohnern die in dieser Bekanntmachung den Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern zugewiesenen Aufgaben übertragen.

§ 17.

Die Vorschriften der §§ 12, 13 und 20, Absatz 2 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 607 und 728) sind entsprechend anwendbar.

§ 18.

Zwangsverhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung und gegen die Vorschriften, welche von den mit der Unterverteilung beauftragten Stellen auf Grund dieser Verordnung erlassen worden sind, werden nach § 7 der Bekanntmachung über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 193) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einschlebung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zwangsverhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 19.

Diese Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger in Kraft. Berlin, den 19. Juli 1917.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung. Stuk.

**Bekanntmachung
über vorläufige Regelung der Brennstoffversorgung.**

Auf Grund der §§ 1, 2 und 6 der Bekanntmachung über **Regelung des Verkehrs mit Kohle** vom 24. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 167) und der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 193) wird bestimmt:

§ 1.

I. Von Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts aller Art, Braunkohlen, Braunkohlenbriketts aller Art, Presssteinen und Bechen- bzw. Sätkensols dürfen die Erzeuger bis auf weiteres im fuhrerweisen Verkauf (Landabsatz) wöchentlich höchstens ein Sechstel der im Landabsatz in der Woche vom 24. bis 30. Juni 1917 gelieferten Menge abgeben, und zwar nur an solche Verbraucher, die ein dringendes Verbrauchsbedürfnis durch eine Bescheinigung nachweisen.

II. Die Bescheinigung ist für Verbraucher, die in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern wohnen, vom Gemeindevorstand, für Verbraucher, die auf dem Lande oder in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern wohnen, vom Vorstand des Kommunalverbandes unter Angabe der benötigten Mengen auszustellen und zu stempeln. Maßgebend für die Einwohnerzahl sind die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1916.

III. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf gewerbliche Verbraucher, die unter die Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts vom 17. Juni 1917 (Reichsanzeiger Nr. 145) fallen.

IV. Diese Bestimmung bezieht sich ferner nicht auf die Abgabe von Brennstoffen an die Berg- und Sätkenarbeiter und Angestellten des Erzeugers, soweit diese Brennstoffabgabe bisher üblich war (Deputatkohle). Deputatkohle ist bei der Berechnung der in der letzten Juniwoche des Jahres 1917 abgegebenen Landabsatzmenge (Absatz 1) außer Betracht zu lassen.

§ 2.

Die Versendung von Gaskoks ist bis auf weiteres nur nach Bahnstation im Umkreise von höchstens 30 km vom Erzeugungsorte gestattet.

§ 3.

I. Da die endgültige Regelung der Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes erst nach Prüfung und Bearbeitung der durch die Bekanntmachung vom 19. Juli 1917 (§ 4) für den 1. September 1917 angeordneten Bestands- und Bedarfsermittlung erfolgen kann, wird zur **vorläufigen Regelung** der Belieferung für jeden Versorgungsbezirk (§ 4 Abs. 1 und II der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 19. Juli 1917) nach gleichmäßigen Grundsätzen, abgestuft nach der Einwohnerzahl und nach der Schwierigkeit der Brennstoffversorgung, die Brennstoffmenge für einen ersten Lieferungszeitraum bestimmt.

II. Diese Brennstoffmenge wird in den nächsten Tagen mitgeteilt werden.

III. Der erste Lieferungszeitraum beginnt mit dem 1. August 1917.

IV. Die Vorstände der Versorgungsbezirke haben festzustellen, welche Brennstoffmengen vom 1. August 1917 ab insgesamt und welche Teilmengen davon für die Haushaltungen, die Landwirtschaft und das Kleingewerbe (§ 3 Abs. I Ziffer 3 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 19. Juli 1917) in den Versorgungsbezirk eingeführt und, sofern sie in diesem erzeugt werden, vom Erzeuger bezogen werden.

V. Eine über die festgesetzte Menge hinausgehende Belieferung soll erst dann stattfinden, wenn durch Lieferung der vorläufig festgesetzten Menge an alle Versorgungsbezirke der erste Lieferungszeitraum beendet ist.

§ 4.

I. Die Händler, welche Brennstoffe in den Bezirk eines Kommunalverbandes oder einer Gemeinde einführen oder von einem Erzeuger innerhalb des Bezirks beziehen, sind auf Verlangen des Vorstands des Kommunalverbandes, in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern auf Verlangen des Gemeindevorstandes, verpflichtet, bis zu einem Drittel der bei ihnen lagernden und eingehenden Brennstoffe zur Verfügung dieser Behörde zu halten und den von der Behörde bezeichneten Personen zu überlassen sowie die zur Übergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

II. Die in Abs. I bezeichnete Behörde kann aus dieser Menge zur Beiriebigung eines dringenden Verbrauchsbedürfnisses der Landwirtschaft, des Kleingewerbes oder der Haushaltungen Brennstoffe den Verbrauchern zuweisen.

III. Bei einem Händler, der für Verbraucher verschiedener Bezirke liefert, übt der für die gewerbliche Belieferung des Händlers zuständige Gemeinde- oder Kommunalverbandsvorstand die vorstehend angegebenen Befugnisse aus. Er hat Erfragen der Vorstände der anderen beteiligten Bezirke in demjenigen Verhältnis zu

entsprechen, in welchem der Händler im Jahre 1916 an Verbraucher der beteiligten Bezirke geliefert hat. Im Streitfalle entscheidet der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

IV. Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Brennstoffe, welche von den Händlern nachweislich zur Lieferung an solche gewerbliche Verbraucher bezogen werden, die unter die in § 1 genannte Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 17. Juni 1917 fallen. Sie bezieht sich ferner nicht auf Brennstoffe, die im Durchgangsverkehr auf Bahnhöfen und Umschlagplätzen lagern und eingehten.

§ 5.

Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 1 und 2 sowie weitergehende Befugnisse der Vorstände der Kommunalverbände und Gemeinden, als sie in § 4 vorgesehen sind, kann der Reichskommissar für die Kohlenverteilung bewilligen.

§ 6.

I. Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1 und 2 und gegen die auf Grund des § 4 von den Vorständen der Gemeinden und Kommunalverbände getroffenen Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

II. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 7.

Diese Bestimmungen treten am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 20. Juli 1917.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung. *St u t z.*

Anordnung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetz-Samml. S. 451) und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 813) bestimme ich:

§ 1. Die Herstellung von Papiermündstüchern und Papiertischstüchern, mit Ausnahme von gewebten Papierstüchen und gewebten Papiermündstüchern ist verboten.

§ 2. Ausnahmen von dieser Anordnung kann die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Section P in Berlin SW 48, Verl. Hedemannstraße 10 bewilligen.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mk. erkannt werden.

§ 4. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Breslau, den 8. August 1917.

Der stellv. Kommandierende General. *von Heinemann*, Generalleutnant.

Bekanntmachung.

betreffend **Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Holz und Breitschl.**

Auf Grund der §§ 1, 2, 6 der Verordnung des Bundesrats über Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 167) und der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung des Reichsanzeigers über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 193) wird bestimmt:

§ 1. Die in der Bekanntmachung, betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Holz und Breitschl. vom 17. Juni 1917 (Reichsanzeiger Nr. 145), vorgeschriebenen Meldungen sind in der Zeit vom 1. bis 5. September erneut zu erstatten.

§ 2. Die Meldungen sind gleichlautend zu erstatten:

- a. an die für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Meldepflichtigen zuständige Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen an die zuständige Kriegswirtschaftsstelle;
- b. an die für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Meldepflichtigen zuständige Kriegsamtsstelle;
- c. an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung Berlin;
- d. an den Lieferer des Meldepflichtigen.

Besteht der Meldepflichtige bei mehreren Lieferanten, so ist an jeden Lieferer eine besondere Meldeart zu richten, welche mit den unter a bis c genannten nicht gleichlautet, sondern für jeden Lieferer nur die bei ihm bestellte Menge und außerdem in einer Gesamtsumme noch die bei den anderen Lieferanten bestellten Mengen ohne Namensnennung der anderen Lieferanten angibt.

§ 3. Zu den Meldungen sind nicht mehr die für die erste Meldung ausgegebenen Meldearten, sondern

neue, in einzelnen Punkten abgeänderte Vorbrücke zu benutzen, die bei den in § 5 der Verordnung vom 17. Juni 1917 bezeichneten Stellen zu beziehen sind.

§ 4. Im übrigen verbleibt es bei den Bestimmungen der Bekanntmachung, betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Bricketts vom 17. Juni 1917 (Reichsanzeiger Nr. 145).
Berlin, den 8. August 1917. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung. **St u k.**

Grottkau, den 22. August 1917. Vorstehende Bekanntmachung bringe ich zur Kenntnis der gewerblichen Betriebe mit einem Kohlenverbrauch von mehr als 10 Tonnen monatlich. Die Bekanntmachung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 17. Juni 1917 ist im Kreisblatt Seite 271 ff. abgedruckt. Formulare zu den Meldearten sind bei mir anzufordern.

Der Vorstehende der Kriegswirtschaftsstelle des Kreises Grottkau. **Thilo**, Königlich Landrat.

Anordnung

über Festsetzung von Höchstpreisen für Milch im Kleinhandel.

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 (R.-G.-Bl. S. 1100) in Verbindung mit der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten in Breslau vom 18. März 1917 über Milchhöchstpreise (Regier.-Amtsbl. S. 158) wird hierdurch mit Zustimmung der Bezirksfettstelle zu Oppeln für den Kreis Grottkau folgendes angeordnet:

§ 1. Der Höchstpreis für 1 Liter Milch bei Abgabe im Kleinhandel beträgt
bei Vollmilch 24 Pfg.,
bei Magermilch 18 Pfg.,
bei Buttermilch 14 Pfg.

§ 2. Die in dieser Anordnung festgesetzten Preise sind nach den §§ 8 und 9 der Verordnung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 Höchstpreise im Sinne des Gesetzes über Höchstpreise vom 4. August, 1914 17. Dezember 1914 (R.-G.-Bl. S. 516) 21. Januar 1915 23. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 25, 603) und vom 23. März 1916 (R.-G.-Bl. S. 163).

§ 3. Diese Anordnung tritt mit dem 25. August 1917 in Kraft. Gleichzeitig werden alle bisher erlassenen Milchhöchstpreise-Anordnungen aufgehoben.

Grottkau, den 7. August 1917.

Der Kreisausschuß des Kreises Grottkau. **Thilo**, Königlich Landrat.

Grottkau, den 22. August 1917. Für die Zeit vom 2. bis 15. September d. Js. können auf die Eierkarte 8 Eier je Kopf und Woche als Rücklage zur Sicherung des Winterbedarfs abgegeben werden.

Der Vorstehende des Kreisausschusses. **Thilo**, Königlich Landrat.

Verzeichnis der auf unserem Lager noch vorrätigen Lebens- und Futtermittel pp.

Bestellungen sind stets an den Kreisausschuß in Grottkau einzureichen.

a. Lebensmittel:

Kartoffelwalgenehl.

b. Futtermittel:

Geflügel-Vackfutter, Preis pro Zentner 25,50 M.

Außerdem werden Bestellungen entgegengenommen auf demnächst eintreffende Waren:

a. Lebensmittel:

Marmelade.

Rübensyrup

Grottkau, den 23. August 1917.

Der Vorstehende des Kreisausschusses. **Thilo**, Königlich Landrat.

Veröffentlicht.

Grottkau, den 28. August 1917.

Der Magistrat.

hältnissen wie heute gegenüberstehen sollen, mit der gleichen Ausichtslosigkeit auf die endgültige Niederlage einer der kriegführenden Gruppen, warum nehmen dann nicht alle Wilsons alte Formel an: Frieden ohne Sieg, bzw. die davon abgeleitete russische Formel: Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen?

Unsere wahre Feldartillerie.

Berlin, 27. August. Auch in den Kämpfen im Flanzen am 21. und 22. August hat sich die deutsche Feldartillerie in hervorragender Weise bewährt. Sie hat dem Gegner überall das Vorgehen äußerst erschwert und ihm schwere Verluste beigebracht. Besonders gegen diejenigen englischen Abteilungen, die Langemarck durchschritten, haben einige unserer Batterien aus nahen Stellungen ein vernichtendes Feuer unterhalten. Ein einzelnes Geschütz befand sich, nur von einigen Maschinengewehren gesichert, in der vordersten Linie. Trotzdem es von tiefliegenden feindlichen Fliegern mit Maschinengewehren und von einer feindlichen Batterie andauernd mit Schrapnell beschossen wurde, feuerte es unbefürchtet mit außerordentlichem Erfolge weiter und hielt sich, von der Infanterie mit Ergänzungen der Munition unterstützt, bis zum Ende des Kampfes.

Aus Aussagen von Gefangenen geht hervor, daß man den Tanks immer weniger Vertrauen entgegenbringt. Sie wurden auch mehrmals schnell und sicher durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer abgetan. W.D.

Der Reichskanzler im Hauptauschuß.

Der Reichskanzler eilte vom Großen Hauptquartier, wo er dem Kaiser Vortrag gehalten und von dem Monarchen zur Tafel gezogen worden war, auf schnellstem Wege nach Berlin zurück, um dort an den bedeutenden Verhandlungen des Hauptauschusses teilzunehmen. Da sein Zug eine außerordentlich schnelle Fahrt hatte, so mußte der Beginn der Kommissionsverhandlungen um diese Zeitpunkte verschoben werden. Direkt vom Bahnhof begab sich der Kanzler in den Sitzungssaal des Ausschusses, wo nach der Erörterung wirtschaftlicher Fragen die Beratung der nachstehenden Politik und die ganze Frage der Neubildung der Reichsregierung auf der Tagesordnung stand.

Der Kanzler spricht.

Der Reichskanzler setzte die Richtlinien für seine innere Politik auseinander. In erster Linie habe er eine enge Fühlungnahme zwischen der Regierung und den großen Parteien des Hauses gesucht und gefunden, ohne daß damit die konstitutionellen Grundlagen des Reiches gefährdet werden sollten. Er habe Männer zu den Regierungsgeschäften herangezogen, die das Vertrauen der großen Mehrheitsparteien genießen. Der Reichskanzler setzte die einzelnen Abschnitte des Ausschusses auseinander und auch die Gründe, die ihn zur Berufung gerade dieser Männer geführt haben. Damit habe er erreicht, was er gewünscht habe. Es sei ferner in Aussicht genommen, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats, an der nicht zu zweifeln sei, eine freie Kommission zu bilden, die aus sieben Reichstagsabgeordneten und sieben Mitgliedern des Bundesrats bestünde, und in der der Reichskanzler den Vorsitz führen soll. Es handelt sich jedoch nur um eine freie Kommission, deren Mitglieder nicht etwa aufzufassen seien als Vertreter des gesamten Reichstages oder des gesamten Bundesrats, sondern dieser Versuch solle nur lehren, ob man auf diesem Wege vorwärts komme und ihn noch weiter ausbauen könne. Er erhoffe von ihm eine Befruchtung des politischen Lebens und eine ersprießliche Lösung der bevorstehenden großen Aufgaben.

Am Dienstag soll diese Kommission zum erstenmal zusammenzutreten. Unter Verfassungsgesichtspunkten sei der Versuch nicht so bedenklich, daß während des Krieges überflüssige Reformen notwendig seien. Der Kanzler erinnerte an den Wunsch Reichsminister Naumanns über „Die Freiheit in Deutschland“, der die tatsächlichen Verhältnisse bei uns zutreffend darstelle. Diese Ausführungen Naumanns seien ungemein wertvoll.

Die Zeit sei nicht geeignet für Verfassungskämpfe, wie man sie während eines Hochwassers nicht über ein Deichläufer streite. Alle Volksteile müssen jetzt zusammenarbeiten. Auch die Regierung und der Reichskanzler hätten jetzt keine Zeit. Jetzt sei die Arbeitslast überwältigend. Eine Verfassungsreform solle in der preussischen Reichsform liegen dem preussischen Staatsministerium und auch ihm (dem Kanzler) fern. Die Reform werde erfolgen, entsprechend dem Inhalt der künftigen Verfassung.

Die Durchbrechung der Friedensbedingungen, der Finanzfragen, der Übergangswirtschaft usw. biete eine solche Fülle von Problemen und Arbeiten, daß sich hieraus schon ohne weiteres die Notwendigkeit eines engeren Zusammenarbeitens der einzelnen Ressorts mit dem Kanzler und der Regierung mit dem Reichstag ergebe. Aus dieser Erwägung heraus sei die Schaffung eines repressiven Ministeriums geschaffen worden. Der Kanzler hat um wohlwollende Prüfung dieser neuen Organisation. Die durch die Veränderungen in der Regierung notwendig gewordenen Mittel würden nachgefordert werden.

Der Hauptauschuß des Reichstages erörterte im Anschluß an die Beratung der Kohlenfrage, in der Staatssekretär Helfferich die Versicherung geben konnte, daß wir bei harmonischer Zusammenarbeit mit unseren Kohlenvorräten auf allen Gebieten auskommen würden, die Angelegenheit des öffentlichen Handels des ersten Präsidenten des Reichsamts, Generalleutnant Groener. Ein sozialdemokratischer Redner behauptete, General Groener sei wegen dieser Worte, also nicht freiwillig aus seinem Amte geschieden. Die Vertreter der Schwerindustrie hätten die Entfernung der Schuldbestimmungen gefordert. Darauf habe Generalleutnant Groener an höherer Stelle beantragt, daß für diesen Fall die Wechsellösung der Schuldverhältnisse beschleunigt werde. Schließlich habe Generalleutnant Groener sich nicht geben müssen, was ein Industrieller einige Tage vorher angeboten hatte, ohne daß der Betroffene davon etwas gewußt habe. Der Staatssekretär Helfferich konnte erwidern, daß ihm von allen diesen angeblichen Vorgängen nichts bekannt sei. Auch Kriegsminister v. Stein konnte, daß er der Schwerindustrie keinen Einfluß auf seine Maßnahmen erlaube. Das Schlüsselgesetz, dessen Vater der zur

Front zurückgekehrte General Groener ist, wird grundsätzliche Änderungen nicht erfahren.

Die Eisen-Kommission des Reichstages, die mit sieben Mitgliedern des Bundesrats unter dem Vorsitz des Reichskanzlers an der großen Reichspolitik mitwirken wird, und über die der Kanzler im Hauptauschuß nähere Mitteilungen machte, hat sich konstituiert. Die Sozialdemokraten wählten die Abgeordneten Ebert und Scheibemann und als deren Stellvertreter die Abgeordneten David und Mollenhuth; das Zentrum die Abgeordneten Fehrenbach und Czernig und als deren Stellvertreter die Abgeordneten Trübner, Gerold und Mayer-Kaufbeuren; die Fortschrittlichen die Abgeordneten v. Beyer und als Stellvertreter die Abgeordneten Wiemer; die Nationalliberalen die Abgeordneten Stresemann und als Stellvertreter den Abgeordneten Prinzen von Schmied-Canal; die Konservativen den Abgeordneten Grafen Westarp.

Die Verhandlungen wurden am Montag fortgesetzt. Reichskanzler Dr. Michaelis wohnte der Sitzung nicht mehr bei. Zunächst brachte der Vorsitzende, Abgeordneter Fehrenbach, ein Schreiben des Geheimrats Duisberg, Direktors der Eisenwerke, zur Verlesung, in dem der Geheimrat Duisberg bekräftigt, an dem Sturz des General Groener gearbeitet zu haben, wie Abgeordneter Scheibemann angedeutet hatte. Er betonte in dem Briefe, daß er den General Groener vielmehr sehr geschätzt habe. Abgeordneter Scheibemann (Soz.) behielt sich für einen späteren Zeitpunkt vor, auf diese Angelegenheit einzugehen. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung standen die Verhältnisse in den besetzten Gebieten, und zwar sollen sie in folgender Weise besprochen werden: Polen, Litauen und Kurland und dann der Westen. Die Verhandlungen wurden in vollem Umfang für vertraulich erklärt, mit Ausnahme der Beschlüsse, die der Hauptauschuß etwa fassen sollte.

Rundschau.

Berlin, den 27. August 1917.

— Zu Hindenburgs 70. Geburtstag. Als Ehrung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ist zu seinem 70. Geburtstag am 2. Oktober ein Plan gefaßt worden, der dahin geht, dem Generalfeldmarschall an diesem Ehrentage, der ein Fest des deutschen Volkes ist, eine „Hindenburggabe“ für Kriegsmobilisat zu überreichen. Von öffentlichen Sammlungen wird abgesehen, dagegen ist vorgeschlagen, daß in allen deutschen Städten und Gemeinden schlichte, würdige Feiern zu Ehren des Generalfeldmarschalls stattfinden, deren Ertrag ihm für Zwecke der Soldatenfürsorge zur Verfügung gestellt wird. Anfragen sind zu richten an die „Hindenburggabe“, Berlin W. 8, Charlottenstraße 35.

— Die Antwort der Mittelmächte auf die Friedensnote des Papstes wird Wiener Meldungen zufolge bereits in den nächsten Tagen erfolgen, sobald die Verhandlungen zwischen der österreichisch-ungarischen und deutschen Reichsregierung in dieser Frage zum Abschluß gelangt sind.

— Reichstag und Regierung. Wie es heißt, hatte man sich zur Herstellung und Aufrechterhaltung der so dringend erforderlichen dauernden und engeren Fühlung zwischen Reichstag und Regierung jetzt dahin geeinigt, eine Körperschaft zu schaffen, in die die Parteien je eines ihrer Mitglieder, die Fraktionsführer, delegieren dürften. Diese parlamentarische Körperschaft, die immerhin vielleicht später den Titel eines „Reichsrats“ oder „Staatsrats“ erhalten könnte, wird zum ersten Male bereits bei der Antwort der Regierung auf die päpstliche Friedensnote in Aktion treten und an deren Abfassung mitarbeiten. Eine Bestätigung dieser Angaben bleibt abzuwarten. Daß die Volksvertretung an der Beantwortung der päpstlichen Friedensnote beteiligt werden wird, hat der Reichskanzler in der Kommission zugesagt.

— Deutsche Kohle für Holland. Die holländische Regierung beabsichtigt, der deutschen Regierung vorzuschlagen, 12500 holländische Arbeiter nach Deutschland zu senden. Hierfür soll Deutschland eine Mehreinfuhr von 250000 Zentnern Kohlen nach Holland genehmigen. Man rechnet allerdings mit der Möglichkeit, daß Deutschland trotzdem noch gewisse Bedingungen stellen wird. Von anderer Seite im Haag wird dagegen versichert, daß an amtlicher Stelle noch keine Entscheidung getroffen ist.

— Gegen einen Völkerbund. Der frühere englische Premierminister Asquith empfiehlt nach dem Kriege einen Völkerbund, für den er, wie es heißt, im Oktober eine Agitationsreise unternehmen will. Die Londoner Blätter protestieren gegen einen derartigen Gedanken, von dessen Verwirklichung sie eine Störung der hochliegenden britischen Wirtschaftspläne befürchten. Die Folgen einer solchen Vereinigung, so sagen sie, wären: Verleugnung der Völkerei, Preisgabe der Seeherrschaft und der britischen Unabhängigkeit. Deutschland würde aus dem Bericht auf die Völkerei den Vorteil ziehen, daß es selbst kein förmliches Bündnis mehr mit Österreich-Ungarn brauchte, dafür aber wahrscheinlich auf die Unterstützung Schwedens, Dänemarks, der Niederlande, der Schweiz, Bulgariens und der Türkei rechnen könnte, ohne sich mit ihnen über sämtliche Fragen förmlich zu verständigen. Solange die Menschen blieben wie sie seien, hätte das britische

Reich keine Sicherheit, wenn es nicht inlande sei, sich selbst zu verteidigen.

— Der Rumänenkönig. Der König von Rumänien hat für sich und seinen Hof ein Banquet auf der Halbinsel Gheron angeordnet. — Mag er da glücklich werden! Er scheint sich resigniert in sein wohlverdientes Schicksal zu fügen.

— Die amerikanische Mobilmachung. Nach holländischen Blättermeldungen aus New-York sind die Daten für Einberufung des ersten Reservetcontingentes von 755000 Mann bereits festgelegt. Ein Drittel, die ersten 250000 Mann, soll zwischen dem 1. und 5. September einberufen werden, das zweite Drittel zwischen dem 15. und 19., das letzte Drittel zwischen 30. September und 3. Oktober.

Lokales und Provinzielles.

Grottkau, den 28. August 1917.

— Wechsel im Stellvertreter. Generalleutnantcommando. Wie WZB hört, ist an Stelle des bisherigen Stellvertretenden Kommandierenden Generals, Generalleutnant Eggeling von Heintemann, General der Infanterie Eggeling Freiherr von und zu Erlöfsheim zum Stellvertretenden Kommandierenden General des 6. Armeekorps ernannt worden.

— Die Erhebungen vom 1. September. Von Reichswegen ist, wie angegeben, eine Aufnahme in Kohlen (Briketts) für alle Haushaltungen zum ersten September angeordnet. In ein Verzeichnis ist der tatsächliche Vorrat an Heizmaterialien einzutragen und durch Namensunterschrift zu beglaubigen. Da der Zweck dieser Erhebung die gleichmäßige Kohlenverteilung der Bevölkerung ist, so sollte es für jeden Haushaltungsbesitzer einleuchtend sein, die Schätzung seiner Vorräte so genauhaft wie möglich zu machen, und Strafandrohungen müßten sich erübrigen. Wobin die leibige Kammer bei den Lebensmitteln geführt hat, wissen wir alle, und es liegt im Interesse jedes Einzelnen, diese unliebsamen Vorgänge sich nicht in diesem Winter bei den Kohlen wiederholen zu lassen. Die Kohlen und Briketts sollen nicht verschwendet werden. Wenn eine sorgfältige Normalbelegung in den notwendigen Räumen, unter Ausschaltung der überflüssigen Temperatur, eingehalten wird, dann ist, so versichert die Reichskohlenstelle, der Bedarf gesichert. Dies Wort soll das Leitmotiv sein, es ist eine Brücke, über die wir ruhig gehen können. Es kann sogar angenommen werden, daß heute schon in den Kohlenkellern mehr Brennstoff vorhanden ist, als viele annehmen. Es wird nichts verringert, was da ist, aber es ist nur recht und billig, daß heute vorhandene erhebliche Vorräte bei späteren Lieferungen angedockt werden. Also, weiter Kohlenbesitzer, schwärze deine Gedanken nicht mit falschlügen Angaben über den Vorrat an schwarzen Diamanten, sondern laß sie blütenrein bei der Wahrheit bleiben!

— Eine Entschließung der schlesischen Zentrumspartei. Die am 23. August zahlreich bewachte Vertrauensmänner-Versammlung der schlesischen Zentrumspartei nahm nach ausführlichen Berichten des Vorsitzenden, Geheimrats Dr. Vorch, und nach eingehender Debatte einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

1. Voll heißen Dankes für die unvergleichlichen Heldentaten von Meer und Flotte und in unerschütterlichem Vertrauen auf den Sieg der deutschen Waffen, tritt die Vertrauensmänner-Versammlung der Entschließung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei von Frankfurt a. M. in allen Punkten einstimmig bei und legt besonderen Wert darauf, daß Deutschland auf einem je eine Ehre und Unabhängigkeit dauernd verbürgen den Frieden gelangt.
2. Sie bekräftigt deshalb mit aufrichtiger, dankbarster Sympathie die Bemühungen des Papstes, durch einen dauernden Frieden dem Völkerrisiko ein Ende zu machen, und erklart in dem neuesten Schritt des Seligen Stuhles, dessen Unparteilichkeit vor aller Welt und ist, eine überaus wertvolle Förderung des von allen Völkern ersehnten Friedens, und wünscht, daß dieser von den idealen Gedanken getragenen weltgeschichtlichen Rundgebung voller Erfolg beschieden sein möge. Bis dahin aber heißt es unvermeidlich durchhalten.

— Neues Kleingeld. Die Reichsfinanzverwaltung ist mit allen Kräften bemüht, dem noch immer fühlbaren Mangel an Kleinscheinen durch reichliche Ausprägungen abzuwehren. Im letzten Vierteljahr sind die Münzen lediglich für diese Aufgabe beschäftigt gewesen. Trotz des Krieges ist es andauernd möglich, entsprechende Mengen von Kleinscheinen zu verschaffen, so daß in den letzten drei Monaten allein mehr als 2552000 Stück Fünftausendpfennigstücke hergestellt wurden. Zu den eisenen Fünftausendpfennigstücken sind nunmehr in größeren Mengen auch Zink-Fünftausendpfennigstücke und Aluminium-Einpfennigstücke hinzugegeben. Um welche Mengen es sich hierbei handelt, ergeben die Zahlen aus den letzten drei Monaten; danach wurden für rund 3,5 Millionen Mark eiserne Fünftausendpfennigstücke, für über 82000 Mk. Zink-Fünftausendpfennigstücke, 2341000 Mk. eiserne Fünftausendpfennigstücke, rund 181000 Mk. Aluminium-Einpfennigstücke hergestellt. — Die wesentlichste Aufgabe der Ausprägung von Kleinscheinen soll dazu dienen, die Kleinscheinen allmählich zu ersetzen. Die Kleinscheinen scheinen sich durch schwarze Prägung und mattgraue Farbe vorteilhaft vor den schwarzen Eisen-Fünftausendpfennigstücken aus. Die neuen eisenen Fünftausendpfennigstücke sind mit einem Glanzüberzug versehen, der sich als sehr zweckmäßig erweist. Mit der nunmehr angeordneten Auslieferung der Zink-Fünftausendpfennigstücke wird die Umprägung in Fünftausendpfennigstücke ihren Fortgang nehmen und damit diese Münze eine weitere erhebliche Vermehrung erfahren. In der Geschichte des Weltkrieges werden auch die ungeheuren Leistungen unserer holländischen Münzen eine besondere Würdigung verdienen.

— Beschlagnahme der Wäse in Hotels und Gastwirtschaften. Die Verordnung der Reichs-

Druck und Verlag von Erich Seifert, Ernst Neugebauers Nachflg., in Grottkau.